



AfD-Fraktion im Kreistag Diepholz
Der Fraktionsvorsitzende

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Püschel, sehr geehrter Herr Landrat Bockhop, sehr geehrte Damen und Herren der Landkreisverwaltung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, werte Vertreter der Medien, liebe Gäste,

die Verabschiedung eines Haushaltes ist zunächst ein Anlaß, sich mit den Plänen für das kommende Jahr zu beschäftigen. Während Haushalte jeweils für das kommende Jahr geplant werden, haben viele Entscheidungen Auswirkungen lange über diesen Zeitraum hinaus. Wir sehen das ganz deutlich bei Investitionen aber auch bei Schulden, die die Spielräume künftiger Entscheidungen einengen. Deshalb möchte auch ich heute etwas über den Jahreshorizont hinausblicken. Ausgehend von der heutigen Ausgangssituation werde ich daher Aufwendungen und Erträge des nächsten Jahres ein wenig beleuchten, aber auch auf kommende Herausforderungen eingehen, die es erfordern, finanzielle Spielräume nicht zu sehr einzuschränken. Es ist wichtig, sich Gedanken zu machen, wo wir nicht nur in einem Jahr, sondern auch wo wir in fünf oder mehr Jahren stehen möchten und was wir dafür schaffen wollen. Ich möchte mich für die ausführliche Vorstellungen des Haushaltes in der Fraktion sowie den Ausschüssen bedanken. Unabhängig von der politischen Wertung haben wir Mitglieder der AfD-Fraktion den Eindruck erhalten, daß hier kompetente Mitarbeiter mit einer hohen Fachlichkeit am Werk sind.

Ausgangssituation

Die Ausgangslage sieht für den Landkreis Diepholz gut aus: Die Schulden

konnten kontinuierlich gesenkt werden, von fast 93 Millionen Euro im Jahre 2008 auf knapp 53 Millionen im Jahr 2016. Der im Leitbild gesetzten Vorgabe „Wir gleichen den Haushalt dauerhaft aus und bauen Schulden ab, statt uns neu zu verschulden“ ist der Kreis langjährig gerecht geworden. Der österreichischen Wirtschaftswissenschaftler und Politiker Joseph Alois Schumpeter hat einmal geäußert: „Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als eine demokratische Regierung eine Budgetreserve“. Ich begrüße daher, daß man im Landkreis manchen Versuchungen nicht erlegen ist. Die Kreisumlage-Hebesätze befinden sich mit 48,25 Prozent im Landesvergleich in einem moderaten Rahmen. Mir ist dabei bewußt, daß aufgrund unterschiedlicher Aufgabenteilungen zwischen Kreis und Kommunen ein Vergleich manchmal schwierig ist. Den Einwohnern des Kreises geht es gut, die Arbeitslosenquote ist mit 4,2 Prozent im November 2016 gering. Mit einem nominalen BIP/Kopf in Höhe von EUR 26487 (2014) liegen die Einwohner des Landkreises landesweit im Mittelfeld. Soweit so gut. Was beschäftigt uns für die Zukunft?

Themen der diesjährigen Haushaltsberatungen sind die jährlich steigenden Kosten im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe, die Finanzierung der Investitionen im Bereich Breitband, Hoch- und Tiefbau und die Unterstützung der Krankenhäuser.

Krankenhäuser

Um mit letzteren zu beginnen: Nach den Debatten der vergangenen Jahre hoffen wir, daß die Krankenhäuser im Landkreis wieder in ruhigere Fahrwasser kommen. Standort- oder Trägerdebatten halten wir aktuell und in näherer Zukunft nicht für zielführend. Weitere Verunsicherungen von Patienten und Personal sollen vermieden werden. Gleichwohl ist es uns bewußt, daß ein motiviertes medizinisches und pflegerisches Personal, welches seinen Beruf auch professionell erfüllen kann, die wichtigste

Grundlage für eine hohe Patientenzufriedenheit sowie für eine adäquate Versorgung ist. Und das wiederum sollte dazu führen, daß Einwohner des Landkreises wieder vermehrt die Einrichtungen im Landkreis nutzen, anstatt auf auswärtige Einrichtungen auszuweichen. Erschreckend für unsere Fraktion ist, daß unser Landkreis weiterhin ohne eine Entbindungsstation bleibt. Die ökonomischen Probleme wurden uns in einem Gespräch mit der Geschäftsführung der Alexianer aufgezeigt. Dennoch ist das Fehlen einer solchen Einrichtung keine Werbung für unseren Landkreis.

Breitbandausbau, Investitionen im Bereich Breitband, Hoch- und Tiefbau

Die Notwendigkeit des Breitbandausbaus ist unstrittig. Unsere Wirtschaftsförderungsgesellschaft wirkt hier mit hoher Kompetenz. Zu einzelnen Maßnahmen des Tief- und Hochbaus sowie zu Investitionen im Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz sowie den Schulen möchte ich wenig sagen: sie sind notwendig und werden deshalb von uns unterstützt.

Soziales und Flüchtlingskrise

Sorge bereiten uns die steigenden Aufwendungen im Haushalt für Soziales. Auch wenn es sich in hohem Maße um Transferleistungen handelt, die der Kreis erstattet bekommt, ist es auch von unserem Menschenbild her bedenklich, wenn viele Menschen abhängig von staatlichen Leistungen sind. Wir streben im Regelfall selbstbestimmte Bürger an. Die Sozialleistungen sind gesetzlich geregelt, aber in gewissem Umfang kann auch ein Kreis Bedingungen schaffen, damit Menschen gar nicht erst in die Bedürftigkeit rutschen. Das Wohnungsbauprogramm des Landkreises sollte daher nicht nur für Geringverdiener gelten. Auch geht es nicht nur um die Schaffung von Wohnraum sondern auch um Mobilität und Sanierung von Bestandsbauten, um leeren Wohnraum im dörflichen Umfeld weiterzunutzen.

Verschlimmert wird die Situation durch die Verschärfung der Flüchtlingskrise

seit 2015. Hervorzuheben sind die Kosten in Höhe von ca. 7,9 Millionen Euro für die Aufnahme und Versorgung unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA), deren Fortentwicklung noch nicht abzusehen ist. Mit Stand Oktober handelte es sich um 125 Personen, die Kosten in Millionenhöhe verursachten und weiter verursachen. Hier bleibt noch abzuwarten, ob und wann die Kosten zu 100 Prozent vom Land erstattet werden.

Zusätzlich zu den gesetzlichen Leistungen gibt es freiwillige Leistungen für die Betreuung/Begleitung von Asylbewerbern in Städten und Gemeinden, für Kurse der VHS sowie Vorhaltekosten für die Anmietungen von Wohnraum im Haushalt. Mit diesen Instrumenten hat der Kreis im vergangenen Jahr unkompliziert und flexibel auf die Flüchtlingsströme reagiert. Genau hier offenbart sich ein grundsätzliches Dilemma: Ist das, was vor Ort, auf Kreis- und Gemeindeebene, kurzfristig sinnvoll erscheint, nicht die Unterstützung einer falschen Politik? Ist vielleicht sogar von einer rechtswidrigen Politik zu sprechen? Hans-Jürgen Papier, der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, äußerte bereits im Januar dieses Jahres: *„Die Flüchtlingskrise offenbart ein eklatantes Politikversagen. Noch nie war in der rechtsstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik die Kluft zwischen Recht und Wirklichkeit so tief.“* Auch der frühere Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio sieht die Migrationskrise als *„föderales Verfassungsproblem“* und schreibt: *„Das Grundgesetz setzt die Beherrschbarkeit der Staatsgrenzen und die Kontrolle über die auf dem Staatsgebiet befindlichen Personen voraus.“*

Unabhängig von der rechtlichen Bewertung: Anders als unser Justizminister Heiko Maas, der in einer Talkshow äußerte: *„Die Milliarden für die Integration wurden in diesem Land erwirtschaftet und wurden niemanden weggenommen“* weiß zumindest jeder ökonomisch denkende Mensch, daß Geld nicht wie Manna vom Himmel fällt. Ökonomen sprechen von Opportunitätskosten: Es werden entgangene Erträge oder entgangener Nutzen im Vergleich zur besten, nicht realisierten Handlungsalternative betrachtet. Oder übersetzt: wenn große Summen für die Integration

unkontrolliert ins Land gelassener Personen aufgewendet werden, stehen sie eben nicht mehr für die eigenen Bürger zur Verfügung.

Warum machen wir das? Können wir die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und die Folgeaktivitäten im Kreis wenigstens mit Humanität begründen? Schließlich läßt niemanden der Anblick von notleidenden Menschen kalt. Auch wenn nicht allen Menschen auf der Welt geholfen werden kann, bestimmt es das eigene Selbstverständnis, zumindest seinen Teil dazu beizutragen. Aber auch aus dieser Perspektive ist es denkbar falsch, Menschen dazu zu ermutigen, Schlepper zu bezahlen, welche sie bewußt in Seenot bringen, damit sie es nach einer möglichen Rettung schaffen, irgendwie nach Deutschland zu gelangen, wo eine aufwändige Integration mit unklaren Aussichten über eine intensive Betreuung erfolgen soll. Mit solchen Maßnahmen wurde letztendlich wenigen geholfen im Vergleich zu denjenigen, die in den Ländern dann doch verbleiben. Wenn Europa oder Deutschland helfen wollen, dann sollten keine Anreize dafür geschaffen werden, daß ganze Familien für die Bezahlung von Schleppern zusammenlegen, sondern dieses Geld in die Ausbildung ihrer Kinder zu investieren. Damit können sie vielleicht zum Teil die Kriterien eines künftigen Einwanderungsgesetzes erfüllen oder sich zumindest im eigenen Land eine Existenz aufbauen und die Situation in ihrem Land verbessern.

Die bisherige Flüchtlingspolitik hat stattdessen Deutschland gespalten und damit zu einem massiven Vertrauensverlust der Bürger geführt, die sich offenbar lieber selber mit Pfefferspray bewaffnen als sich auf das staatliche Gewaltmonopol zu verlassen. Laut neuester Berichterstattung sind auch in unserem Kreis die Anträge auf kleine Waffenscheine gestiegen. Müssen wir uns wirklich noch fragen, weshalb?

Diese Politik hat auch Europa gespalten und zu einer teilweisen Isolation Deutschlands geführt. Und zudem wurde dem Brexit Vorschub geleistet, da es in Deutschland und der EU Bestrebungen gab, diese falsche deutsche Politik noch zu europäisieren. Auch wenn es manche Politiker nicht

wahrhaben wollen: Die Furcht vor unkontrollierter Zuwanderung war hier möglicherweise ausschlaggebend. Europa zerfällt nicht wegen angeblich absurder Propaganda irgendwelcher Populisten, wie es auch kürzlich in einer Veranstaltung in Syke behauptet wurde, sondern weil die Eliten nicht wahrnehmen, daß Bürger mehr Wert auf ihre Bürgerrechte legen als auf eine Welt offener Grenzen sowie Bürokratie und Zentralismus. So werden durch eine Politik mit Scheuklappen letztlich auch die positiven Errungenschaften der europäischen Einigung, wie der gemeinsame Markt, gefährdet.

Was können wir im Kreis tun? Mit dem bevorstehenden Ende des Syrienkonfliktes ist es Zeit, denjenigen, die nicht individuell politisch verfolgt wurden, sondern vor dem Krieg geflohen sind, eine Rückreise und Teilnahme am Wiederaufbau ihres Landes zu ermöglichen. Der Bundes- und Landespolitik ist deutlich zu signalisieren, daß hier eben keine Strukturen für die dauerhafte Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen geschaffen und erhalten werden und somit eine Wiederholung des Fehlers der Kanzlerin von 2015 nicht möglich gemacht wird. Deshalb lehnen wir auch eine Fortsetzung jeder Art von Maßnahmen zumindest für hinzukommende Flüchtlinge ohne sicheren rechtlichen Aufenthaltsstatus ab. Es kann keine Aufgabe eines Landkreises sein, diesen Personen mit Maßnahmen eine Tagesstruktur zu verschaffen. Für erfolgte Maßnahmen streben wir eine intensive Evaluierung der bisherigen Ergebnisse an.

Verschuldung

Nach der derzeitigen Planung wird sich die Verschuldung bis 2018 auf über 100 Millionen Euro verdoppeln und auch in den Folgejahren auf einem hohen Niveau verbleiben. In den Erläuterungen zum Entwurf der Haushaltsplanung heißt es:

„Voraussetzung [für die Bewältigung der Aufgaben] ist, dass 2019 die Investitionen wieder auf einen „normalen“ Stand zurückgeführt werden und

dass der Überschuss im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeiten den Landkreis in die Lage versetzt, die Tilgungen zu bedienen. Hierzu wird äußerste Sparsamkeit erforderlich sein.“

„Zurückführung von Investitionen“ und „äußerste Sparsamkeit“ ab 2019 gelten demnach bereits bei Einhaltung aller angenommenen Rahmenbedingungen. In den Erläuterungen wird von einer „positiven gesamtwirtschaftlichen Prognose“ sowie einer „stabilen Einnahmesituation“ auf Landesebene ausgegangen.

Wir leben allerdings nur in einem scheinbar stabilen Umfeld: die Eurozone befindet sich seit Jahren im Krisenmodus. Neben dem dauerhaften Siechtum Griechenlands droht die Wiederkehr der Krise auch in Italien. Ein Ende der manipulierten Niedrigzinsen droht nicht nur in den USA sondern auch bei einem Scheitern der Eurozone. Stabile Steuereinnahmen und niedrige Zinsen sind also nicht dauerhaft garantiert. Eine Krise nach dem Muster von 2008 und folgenden Jahren würde zu einem Einbruch der Steuereinnahmen führen und über niedrigere Steuerkraftmeßzahlen zu einem Einbruch der Kreisumlage führen. Diese Risiken müssen nicht eintreten aber sie bestehen. Deshalb halten wir auch wenig von einer Senkung der Kreisumlage, solange die Schulden nicht wieder deutlich reduziert sind. Wollen wir in einer solchen Situation wirklich die dann ebenso gebeutelten Kommunen mit umso höheren Sätzen belasten?

Unabhängig von dem Krisenszenario halten wir es für wenig sinnvoll, über 2019 hinaus auf geringe Investitionen und äußerste Sparsamkeit verpflichtet zu sein. Vor uns stehen die Herausforderungen des Demographischen Wandels. In der Antwort auf unsere Anfrage zu diesem Thema wird zwar deutlich, daß sich Politik und Landkreis durchaus langjährig mit dem demographischen Wandel beschäftigt haben, vieles aber eher anlassbezogen in Fachdiensten zu erfolgen scheint. Den Ausführungen

bereits in der Einleitung, wonach vieles eher Angelegenheit der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden sei, möchten wir entgegen, daß in der Broschüre „Kreientwicklungskonzepte als politisches Instrument zur Gestaltung des demografischen Wandels“ des Deutschen Landkreistages die Kreise als „ aufgrund ihrer Aufgabenstruktur und der Überörtlichkeit ihres Agierens“ als „ideale Akteure“ anzusehen sind. In dem Beitrag wird zudem darauf hingewiesen, daß bereits jetzt „der finanzielle Spielraum von Landkreisen und Gemeinden bspw. für Anpassungsinvestitionen begrenzt bzw. vielerorts bereits nicht mehr vorhanden“ sei.

Wir stellen uns zumindest die Frage, ob alle langfristig notwendigen Investitionen bereits geplant sind oder auch nur planbar sind. Wir möchten auch in 2019 ff. nicht an geringe Investitionen oder extremes Sparen gebunden sein und nur reaktiv situationsbedingt („Die Schule hat zu geringe Schülerzahlen und muß geschlossen werden“) sondern ein proaktives Konzept entwickeln. *„Krisen meistert man am besten, indem man ihnen zuvorkommt“* sagte einmal ein US-amerikanischer Ökonom. Dazu werden Investitionen notwendig sein. Aus diesen Gründen lehnen wir die Senkung der Kreisumlage ab und den Haushalt in seiner Gesamtheit.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren der Landkreisverwaltung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, werte Vertreter der Medien, liebe Gäste, ich möchte meine Rede damit beenden, Ihnen und Ihren Familien schon jetzt ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest zu wünschen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.